

Dods Report

Quelle: Deutscher Bundestag

Sitzung: 92. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie

Titel: Öffentliche Anhörung: "Weichen für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft stellen - Chancen des Klimaschutzes nutzen"

Datum: 19.10.2016

Öffentliche Anhörung

1.) Antrag der Abgeordneten Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Dr. Julia Verlinden, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weichen für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft stellen - Chancen des Klimaschutzes nutzen

- Drucksache [18/8877](#) -

Federführend: Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Mitberatend: Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

*In einer öffentlichen Anhörung am 19.10.2016 befragte der Ausschuss für Wirtschaft und Energie Sachverständige zu dem von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten [Antrag](#) „**Weichen für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft stellen - Chancen des Klimaschutzes Nutzen**“.*

Andreas Jung (CDU) fragte einleitend, welche Bedeutung der Klimaschutz für Innovationen und neue Technologien in der Industrie habe und welche neuen Märkte und Geschäftsfelder die deutsche Wirtschaft erschließen könne. Er merkte an, dass sich manche Industrievertreter um Regulierungen sorgen würden.

Esther Chrischilles (Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, IW Köln) antwortete, dass die Erschließung von Zukunftsmärkten ein Bereich sei, der die Industrie umtreibe. Rahmenbedingungen, wie im Antrag der Grünen-Fraktion gestellt, halte sie für eine „sinnvolle Sache und unerlässlich“ um die Planungssicherheit zu schaffen, die für die Industrie wichtig sei. Jedoch glaube sie, dass der Innovationsraum für

Unternehmen nicht eingeschränkt werden dürfe. Man wisse noch nicht, wie der Markt von Morgen aussehe. Ein Klimaschutzplan, der auf Mikroregulierung setze und den Innovationsraum einschränke, führe zu Verunsicherung in der Industrie.

Dr. Carsten Rolle (Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI) sagte, er sehe durchaus Chancen für die deutsche Industrie in der Klimapolitik: momentan hätten deutsche Produkte sechs bis acht Prozent Markenanteil in der Klimatechnologie weltweit, so der Sachverständige. Eine Gefahr sehe er jedoch ebenfalls in der Beschränkung der Technologieoffenheit. Man müsse sich fragen, wie sehr man jetzt schon Sektorziele setzen wolle, die man für die nächsten Jahrzehnte festsetze, obwohl man heute noch nicht wissen könne, welche Technologien welches Potential in der Zukunft erreichen würden. Laut Rolle sei es wichtig, dass man mit dem, was heute möglich sei, kurz- und mittelfristige Planung betreibe.

Des Weiteren gebe es in der Klimapolitik zu wenig unterschieden zwischen der nationalen und europäischen Ebene. Auf europäischer Ebene gebe es sehr klare Verabredungen, wie zum Beispiel zum Emissionshandel, oftmals mit sehr ambitionierten Zielen. Jedoch gebe es auch viele Bereiche, die von den jetzigen Regelungen nicht abgedeckt würden. Diese sollten dann national geregelt werden.

Bernd Westphal (SPD) sagte, dass es wichtig sei, auch im Kontext des Klimaschutzes die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und Wirtschaft im Auge zu behalten und zu sichern. Er wolle von den Sachverständigen wissen, ob und wie es möglich sei, soziale, ökologische und wirtschaftliche Ziele in der Klimapolitik zu vereinen.

Prof. Dr. Holger Rogall (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, HWR Berlin) antwortete, dass man am Beispiel Japans sehen könne, wie gewisse politische „Leitplanken“ durchaus die Innovationskraft der Industrie ankurbeln könne. Momentan sei Deutschland Weltmarktführer in nicht-zukunftsfähigen Technologien. Wenn die Bundesregierung glaube, dass klimaschonende Technologien die Zukunft seien, müsse Deutschland anstreben, in dem Bereich Weltmarktführer zu werden.

Hubert Weiger (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND) merkte an, dass Klimaschutz keine nationale, sondern eine weltweite Aufgabe sei. Wenn sich nun die gesamte Welt auf Klimaziele geeinigt habe, bedeute dies, dass die entsprechenden Innovations- und Modernisierungsvorgaben der Volkswirtschaft nutzen könnten. Weiger meinte, dass der Klimaschutz weltweit ein Innovationsmotor sei. Vor diesem Hintergrund müsse Deutschland anstreben, nicht nur aus fossilen Energien auszusteigen, sondern ebenfalls den „verschwenderischen Energieverbrauch einzudämmen“, so der Sachverständige. Somit hätten sämtliche Technologien, die Energiesparsam und Effizient betrieben werden, einen Wettbewerbsvorteil. Deutschland könne nur auf dem Weltmarkt bestehen, wenn der Klimaschutz in allen Sektoren verwirklicht werde.

Dr. Herlind Gundelach (CDU) wollte die Einschätzung des Sachverständigen zu dem Antrag der Fraktion hören.

Esther Chrischilles (IW Köln) sagte, sie könne den übergeordneten Zielsetzungen des Antrags, wie zum Beispiel langfristige Rahmenbedingungen für die Industrie, zustimmen. Eine Stärkung des Emissionshandels sei laut ihr richtig und wichtig, jedoch könne dies nicht durch nachgelagerte Ziele erreicht werden. Der Antrag würde den Emissionshandel gleichzeitig schwächen und stärken.

Dr. Carsten Rolle (BDI) meinte, dass der Antrag viel Richtiges zum Thema Emission beinhalte. Aufgrund des Emissionshandels gebe es in 40 Jahren keine Kohlekraftwerke mehr, so Rolle. Man müsse jedoch auch in der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energie planvoller umgehen. Das EEG habe schon für Planungssicherheit im Netzausbau und dem Ausbau erneuerbarer Energien gesorgt. Ein Mindestpreis im Emissionshandel widerspreche jedoch seiner Meinung nach der „grundlegenden Philosophie“ des Emissionshandels. Er meinte, der Emissionshandel habe sich als effektives Instrument gezeigt. Es sei fair, dass Länder wie Deutschland schneller beim Klimaschutz voran gehen würden, wenn zwischen den entwickelten Industrienationen ein „level playing field“ herrsche.

Dr. Nina Scheer (SPD) wollte wissen, ob die Sachverständigen glaubten, dass der Emissionshandel reformbedürftig sei.

Hubert Weiger (BUND) antwortete, dass eine Nachbesserung der Reduktionsziele stattfinden müsse, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Vor diesem Hintergrund muss sich der Emissionshandel verändern. Momentan sei es so, dass viele Akteure nicht mit dem Gedanken der Reduktion von Emission handeln würden, sondern zur maximalen Auslastung, wie zum Beispiel im Bereich Braunkohle. Laut Weiger sollten die Ausnahmen für die Industrie auf den Prüfstand gestellt werden, da der Emissionshandel sonst kein wirksames Instrument zum Klimaschutz sei.

Prof. Dr. Holger Rogall (HWR Berlin) sagte, dass man sich einig sei, dass der Emissionshandel die Erwartungen nicht erfüllt habe. Dies liege daran, dass er schon mit einigen „Geburtsfehlern“ gestartet sei: zum Beispiel seien nicht alle Emissionen mit inbegriffen.

Rogall meinte, dass ein Kohleausstiegsgesetz nötig sei, in dem ein konkretes Datum für den Ausstieg festgelegt werde. Man müsse genaue Ziele für den Ausstieg zwischen Bund und Ländern koordinieren. Ein Klimaschutzplan, so der Sachverständige, hätte rechtlich nur sehr begrenzte Wirkung, wohingegen ein Gesetz große Bindungswirkung hätte. In der Mobilität würde man durch Forderungen nie die Klimaschutzziele erreichen, so Rogall. Hier brauche man ein System, in dem der Erwerb von Elektromobilen von Fossilkraftstofffahrern subventioniert werde. Er bemängelte ebenso, dass die Landwirtschaft nicht im Emissionshandel beinhaltet sei, obwohl Kunstdünger sehr schädlich sei. Er sei sich nicht sicher, ob der Emissionshandel „zu retten“ sei.

Eva Bulling-Schröter (Die Linke) wollte wissen, inwiefern man das Klimaschutzabkommen auf einen Industriestaat wie Deutschland übertragen könne.

Sie wollte zudem wissen, welche Zielsetzungen man, zusätzlich zum Emissionshandel, brauche, um die Ziele bis 2020 zu erreichen.

Dr. Harry Lehmann (Umweltbundesamt) verwies auf das Diskussionspapier des Umweltbundesamts zum Klimaschutzplan 2050, in dem eine verbindliche Festlegung der Minderung der Treibhausgase und eine Begrenzung der Erderwärmung gefordert werde. Industrie- Energie- und Verkehrssektoren müssten hierzu einen großen Beitrag leisten, um jetzt schon die Weichen für die Ziele von 2050 zu stellen, so der Sachverständige. Es sei für Deutschlands Wirtschaft unabdingbar, im Bereich erneuerbare Energien weltweit führend zu sein.

Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) wollte wissen, wie sich deutsche Großunternehmen zum Klimaschutzvertrag positionieren würden.

Sabrine Nallinger (Stiftung 2 Grad) sagte, dass sich die Vertreter großer deutscher Unternehmen den Chancen des Klimaschutzes bewusst seien. In Paris sei ein klares Signal gesendet worden, dass die globale Energiewende eingeleitet worden sei. Man müsse aus den fossilen Systemen zur Wärme- und Stromerzeugung und im Mobilitätssektor aussteigen. Gerade deutsche Technologieunternehmen könnten hier eine Vorreiterrolle einnehmen, so Nallinger. Deutschland sei ein technikorientiertes Land. Man könne es sich nicht leisten, die Vorreiterrolle an die USA oder China zu verlieren.

In der Debatte zur Energiewende werde immer von Kosten gesprochen, jedoch sollte man die Ausgaben als Investition betrachten und eine chancenorientierte Debatte führen. Diese Investitionen könnten die Infrastrukturprogramme sein, die künftig in Deutschland Arbeitsplätze schaffen. Jedoch brauche die Wirtschaft einen Orientierungsrahmen, der allerdings keine Technologievorlage beinhalten solle. Planungssicherheit, besonders in der Mobilitätsindustrie, sei wichtig: im letzten Quartal habe Tesla in der Luxusklasse doppelt so viel Umsatz erwirtschaftet wie Mercedes, was zeige, wohin der Trend gehe. Es sei sehr wichtig, dass Deutschland hier nicht den Anschluss verpasse, so Nallinger.

Dr. Joachim Pfeiffer (CDU) wollte wissen, ob die Sachverständigen ein Reduktionsziel von 95 Prozent für realistisch halten würden und ob dies überhaupt durch Einsparungen zu schaffen sei.

Dr. Carsten Rolle (BDI) sagte, dass Studienergebnisse zeigen würden, dass ein Reduktionsziel von 95 Prozent doppelt so viele Investitionen brauche wie ein 80 Prozent Ziel, was zu mehr Kosten für die verschiedenen Sektoren führen würde.

Esther Chrischilles (IW Köln) sagte, dass der Grund, wieso man diese Klimaschutzziele überhaupt setze und versuche, eine Vorreiterrolle zu übernehmen, sei, andere Staaten mitzuziehen und dazu zu bewegen, Klimaeffizienter zu wirtschaften. Von diesem Blickpunkt aus sei es am wichtigsten, den Klimaschutz am Leitbild der wirtschaftlichen Effizienz auszurichten.

Thomas Bareiß (CDU) wollte von den Sachverständigen wissen, ob der Emissionshandel funktioniert habe und was sie von einem konkreten Verbot von Diesel- und Benzinmotoren halten würden.

Prof. Dr. Justus Haucap (Düsseldorf Institute for Competition Economics, DICE) sagte, dass der Emissionshandel wirksam sei, doch es würde davon abhängen, welche Erwartungen man habe. Die Politik, so Haucap, habe sich zum Ziel gesetzt, die Gesamtmengen in Europa zu reduzieren, was erreicht wurde. Man hätte jedoch noch mehr Sektoren in den Emissionshandel einbeziehen können, wie beispielsweise die Landwirtschaft.

Des Weiteren sei laut ihm ein Verbot von Dieselmotoren eine schlechtere Maßnahme, als den gesamten Mobilitätsmarkt Zertifikatpflichtig zu machen. Er sagte, er könne sich nicht vorstellen, dass der gesamte LKW- und Güterbereich in den nächsten zwei Jahrzehnten komplett auf Elektromobilität umsteige und man auch nicht wisse, wie man ausländische Speditionen, die durch Deutschland fahren, dazu bewegen könne.

Dr. Carsten Rolle (BDI) sagte, dass das Abkommen von Paris die Tür für internationale Kooperation offen gelassen habe. Man müsse abwarten, wie verbindlich die Zusagen, die gemacht worden seien, eingehalten würden. Es sei wichtig, dass Deutschland den Weg der Energiewende eingegangen sei, jedoch müsse man im Kopf behalten, dass Deutschland nicht überall auf der Welt als Vorbild gesehen werde. Deutschland müsse zeigen, dass die Energiewende auch wirtschaftlich funktioniere. Die deutsche G20 Präsidentschaft sei gut geeignet, um weitere Schritte über Paris hinaus zu etablieren.

Dr. Nina Scheer (SPD) wollte wissen, wie die Sachverständigen die sogenannte „de-investment Strategie“ einschätzen und welche Konsequenzen sie daraus auf europäischer und nationaler Ebene ziehen würden.

Dr. Harry Lehmann (Umweltbundesamt) erklärte, dass es schwer sei, dies einzuschätzen. Je mehr Länder klare Ziele für den Klimaschutz definieren würden, desto mehr werde das „de-investment“ von politischen Rahmenbedingungen unterstützt. Es sei notwendig, klare Ziele zu definieren, wie zum Beispiel die Förderung von Technologien, wo man sich früh für den Wandel aufstellen müsse. Jedoch müsse man auch bereit sein, gewisse Sektoren, wie Braunkohle, „ausfallen“ zu lassen, so Lehmann.

Prof. Dr. Holger Rogall (HWR Berlin) sagte, man könne sich nicht auf Marktkräfte oder Nichtregierungsorganisationen verlassen, sondern die Politik müsse sich der Verantwortung bewusst werden und „Leitplanken“ aufbauen. Es könne nicht sein, dass sich Deutschland „an Technologien aus dem 19. Jahrhundert klammert“, während die USA und Japan sich in der Elektromobilität als führend herauskristallisieren.

Klaus-Peter Willsch (CDU) wollte wissen, wieso die CO₂-Menge nicht reduziert wurden, obwohl der Bund 25 Millionen in erneuerbare Energien investiert habe.

Prof. Dr. Justus Haucap (DICE) stellte fest, dass dies eine "Tragödie" sei, die viele Wirtschaftler beklagten. Haucap führt dies auf einen Verlagerungseffekt zurück, der entstehe, wenn es keine Rückkopplung zwischen dem Deutschen EEG und dem europäischen Emissionshandel gebe. Während Deutschland mehr Strom aus Erneuerbaren produziere, würden europäische Emissionszertifikate frei werden, die dann verkauft werden könnten. Dies habe dazu beigetragen, dass Zertifikate günstig seien und zum Beispiel von polnischen Stahlwerken gekauft würden. Dies zeige, dass Klimawandel nur international zu schaffen sei. Laut Haucap müssten Mindestpreise eingeführt werden und der Emissionshandel müsse auf mehr Sektoren ausgeweitet werden.

Andreas Lenz (CSU) wollte wissen, wo die Sachverständigen Deutschlands Rolle auf europäischer und globaler Ebene sehen und ob sie sich für einen Klimaschutzplan oder Gesetz aussprechen würden.

Dr. Carsten Rolle (BDI) sagt, dass Deutschlands Rolle vor allem in der Technologieführerschaft liegen müsse. Hier sei der Hebel des Landes am größten, um andere zum Nachahmen zu bewegen. Jedoch sehe man Deutschland international oft nicht als Vorbild sondern als Sonderfall, so Rolle. Dies habe er auf der Weltenergiekonferenz in Istanbul gelernt, wo man glaubte, dass Deutschland sich die Energiewende als wohlhabenden Industriestaat „leisten“ könne. Dies zeige, dass man bei der technischen Entwicklung nicht nur an den eigenen Nutzen denken müsse, sondern auch wie die Technik für potentielle Käuferländer attraktiv sein könne.

Bernd Westphal (SPD) fragte, wie das Wachstumspotential für die deutsche Wirtschaft im Hinblick auf die Klimaziele Deutschlands aussehe.

Sabine Nallinger (Stiftung 2 Grad) sagte, dass die Unternehmen, die sie vertrete, international angesiedelt seien und deswegen auch an eine Dimension über Deutschland hinaus denken würden. Entwicklungen in China und Indien würden lassen hoffen, dass international viel passiert. Der Trend nach Paris zeige, dass sich die USA und China als Vorreiter in der Klimapolitik etablieren könnten. Dies sei ein klares Transformationssignal an alle Wirtschaftsbereiche.

Dr. Carsten Rolle (BDI) meinte, dass das Wachstum für verschiedene Bereiche der Industrie sehr unterschiedlich ausfallen könne. Für Industrien, die eher energieverbrauchend seien, würde es schwieriger werden, sich in Deutschland zu halten.

Dr. Herlinde Gundelach (CDU) frage, ob es möglich sei, im Verkehr auch einen Zertifikatshandel, wie im Emissionshandel, zu haben und ob es noch andere konkrete Lösungen gebe, anstelle der Veränderung der Antriebstechnik.

Prof. Dr. Justus Haucap (DICE) führte aus, dass es wichtig sei, jetzt Maßnahmen zu ergreifen, die Technologieneutral seien. Man wisse noch nicht, welche Technologien sich in der Zukunft durchsetzen würden.

Esther Chrischilles (IW Köln) sagte, dass umweltökonomische Instrumente, die auf der Marktwirtschaft basieren, die Technologien hervor bringen würden, auf die die Industrie in Zukunft setzen solle. Man müsse auch international Impulsgeber sein. Der Emissionshandel sollte europäisch, nicht nur national, aufgesetzt sein.

Dr. Hans-Joachim Schabedoth (SPD) äußerte seine Sorgen, dass die deutsche Industrie im Bereich Elektromobilität hinter chinesischen und amerikanischen Unternehmen hinterher hinge. Er wollte wissen, was man tun könne, um die deutsche Industrie dazu anzuspornen, mehr am Wettbewerb teil zu nehmen.

Dr. Carsten Rolle (BDI) meinte, es sei schade, dass der Eindruck entstehe, Deutschland habe einen Trend verschlafen. In vielen europäischen Ländern hätten deutsche Elektroautos einen hohen Markenanteil. Neue Flotten der Hersteller würden ein breites, zukunftsweisendes Angebot zeigen. Jedoch müsse für den Erfolg der Elektroautos auch die Infrastruktur passen. Der Staat könne hier unterstützen, indem er neben Forschungsförderung auch in die Infrastruktur investiere. Verkehrs- und Klimapolitische Ansätze könnten so über die Frage des Antriebsmotors hinausgehen. Man müsse auch die Möglichkeiten der Digitalisierung mit einbeziehen, so Rolle.

Prof. Dr. Holger Rogall (HWR Berlin) zeigte sich verblüfft, dass die Regierungsfraktionen wenig Erfolg in der Energiewende zu sehen schienen. Diese geringen Erfolge hätten nichts mit den erneuerbaren Energien zu tun, sondern vielmehr mit Export von Kohlestrom und des „klammern an nicht zukunftsfähige Mobilität des 19. Jahrhunderts“. Laut Rogall bräuchte es ein Kohleausstiegsgesetz, das sich am Atomausstiegsgesetz orientiere.

Eva Bulling-Schröter (Die Linke) fragte, ob sich der Stromverbrauch im Zuge der Umstellung auf Elektromobilität verdoppeln würde.

Dr. Harry Lehmann (Umweltbundesamt) glaubt, dass die Zukunft keine fossilen Brennstoffe und keine Nukleartechnologie beinhalte. Strom würde mehr Aufgaben im Energiekreislauf übernehmen. Jedoch würde dieser Strom aus verschiedenen erneuerbaren Quellen kommen. Der technische Lösungsraum sei hier sehr groß.

Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) wollte wissen, ob sich deutsche Unternehmen um die Marktführerschaft Sorgen machen würden.

Sabrine Nallinger (Stiftung 2 Grad) sagte, dass man sich nun international Ausrichten müsse. Im letzten Jahr habe es mehr Investition in den erneuerbaren Energiesektor gegeben als in dem fossilen Sektor. Dies zeige, dass man die Kosten in der wirtschaftlichen Diskussion nicht mehr einfach als solche ansehen, sondern als Investition in Infrastruktur und Produkte begreifen. Deutschland habe im

internationalen Vergleich nicht die ehrgeizigsten Ziele. Es sei wichtig, Planungssicherheit zu schaffen und Kosten auch für einzelne Sektoren herunter zu brechen.

Eva Bulling-Schröter (Die Linke) meinte, dass sich Produktpolitik nicht nach Zertifikaten entscheide, sondern nach den Kriterien der Märkte.

Dr. Harry Lehmann (Umweltbundesamt) sagte, dass sich die Situation geändert habe, seit sich durch das Pariser Abkommen 195 Staaten in einem völkerrechtlichen Vertrag gebunden hätten. Viele Länder hätten gleiche Vorhaben und Ziele wie das, was in den letzten Jahren in Europa passiert sei. Man könne noch nicht sagen, wie schnell es in anderen Ländern gehen werde, auf den selben Stand zu kommen, jedoch könne man davon ausgehen, dass sich langsam ein weltweites „level playing field“ etabliere.

Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) fragte zur Position von Unternehmen zum Kohleausstieg. Des Weiteren wollte sie wissen, ob ein Mindestpreis im Emissionshandel notwendig sei, um Innovationsanreize für die Industrie zu geben und ob es Vergleichsstudien aus Ländern gebe, die einen Mindestpreis führen.

Sabrine Nallinger (Stiftung 2 Grad) sagte, dass sich die Wirtschaft letztendlich nicht vorschreiben lassen würde, welche Technik sie einsetze und welche nicht. Jedoch nehme man die Klimaschutzziele ernst.

Es sei Unternehmen klar, dass fossile Energien wie Kohle nicht geeignet seien, um die Klimaziele einzuhalten. Je früher Vorgaben und Rahmenbedingungen klar gemacht würden, desto einfacher sei der Prozess der Umstellung für die Unternehmen. Wenn die Politik die Weichen für den Kohleausstieg rechtzeitig stellen würden, sodass Energien aus anderer Quelle gewonnen werden können, so sei dies ein wichtiger Schritt. Deshalb hätten sich nun auch Unternehmen öffentlich für den Kohleausstieg als Ziel ausgesprochen so Nallinger.

Prof. Dr. Justus Haucap (DICE) sagte abschließend, dass es keine internationalen Vergleichsstudien zu Mindestpreisen gebe. Jedoch habe das Forschungsprojekt „Energiesysteme der Zukunft“ sich theoretisch dafür ausgesprochen. Die Logik sei, dass der Unternehmer in Klimaschutz investiere, wenn er wisse, was er einsparen könne, was durch einen Mindestpreis einfacher zu kalkulieren sei.

Die Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Eine Liste der Sachverständigen und deren Stellungnahmen finden Sie [hier](#).